

Antrag

der AfD-Fraktion

Linksextremistisches Terrorbündnis „Letzte Generation“ in Brandenburg und deutschlandweit verbieten

Der Landtag stellt fest:

Die Gefahren, die vom Klimaextremismus als Unterform des Linksextremismus ausgehen, stellen heute nach den Gefahren durch islamistischen Terrorismus eine der größten Bedrohungen für die Gesellschaft, den Staat und seine Institutionen dar.

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen, dass das sogenannte Bündnis „Letzte Generation“ einschließlich aller Untergruppen und deren Kennzeichen bundesweit verboten wird.
2. das sogenannte Bündnis „Letzte Generation“ einschließlich aller Untergruppen und deren Kennzeichen im Land Brandenburg zu verbieten, soweit sich deren erkennbare Organisation und Tätigkeit ausschließlich auf das Gebiet des Landes Brandenburg erstreckt.

Begründung:

Die selbsternannte Aktionsgruppe „Letzte Generation“ ist eine tatsächlich extremistische bzw. sogar terroristische Vereinigung von Personen aus der radikalen, extremistischen bzw. terroristischen vermeintlichen Klimaschutzbewegung. Auf ihrer Internetpräsenz stellen sich die Mitglieder dieser Gruppe als „gewaltfrei“ Personen dar, die das Ziel verfolgen würden, den staatlichen Ausbau und die Finanzierung von fossilen Brennstoffen zu stoppen.¹ Tatsächlich agieren die Mitglieder der Gruppe „Letzte Generation“ alles andere als gewaltfrei. Es wurde bereits eine Vielzahl von Straftaten begangen wie gefährliche Eingriffe in den Straßen- bzw. Luftverkehr, die Störung öffentlicher Betriebe, insbesondere der öffentlichen Energieversorger, Sachbeschädigungen, Nötigungen u. v. m. Infolge der von der „Letzten Generation“ durchgeführten Straßenblockaden in Berlin wurden bereits in der Vergangenheit Rettungswagen an ihrem Einsatz gehindert, wodurch sogar eine Person verstorben ist.²

¹ Vgl. Webseite „Letzte Generation“, <https://letztegeneration.de>, abgerufen am 07.11.2022.

² Vgl. Zeit-Online v. 01.11.2022 zu „Berliner Landesregierung ermahnt Klimaaktivisten nach Verkehrsunfall“, <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-11/letzte-generation-verkehrsunfall-berlin-landesregierung>, ab-

Überdies fällt die extremistische Gruppe „Letzte Generation“ mit weiteren Straftaten auf, die terroristische Drohungen darstellen. So wurde aktuell ein Ultimatum bis zum 10. November 2022 aufgestellt, in welchem weitere Straftaten angekündigt werden für den Fall, dass keine Verhandlungen zur Erfüllung der eigenen Forderungen aufgenommen werden.³

Bereits im Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2021 wird zu den Vorläufern der Gruppe „Letzte Generation“ Folgendes ausgeführt:

„Mithilfe von Aktionsbündnissen und Kampagnen versuchen Autonome, tagespolitische Themen aufzugreifen, sie perspektivisch in der linksextremistischen Szene zu verankern, um somit ihre Anschlussfähigkeit an das demokratische Spektrum voranzutreiben. Themen, die weit oben auf der politischen Agenda stehen, wie etwa ‚Klimaschutz‘ und ‚Kohleausstieg‘, werden als Aktionsfeld vereinnahmt. Ziel ist, die Deutungshoheit zu gewinnen, die demokratische Klimabewegung zu radikalieren und einen allumfassenden Systemwandel linksextremistischer Prägung durchzusetzen. Ähnliche Bündnisse existieren allerdings auch in anderen Aktionsfeldern, etwa ‚Antifaschismus‘ und ‚Antigentrifizierung‘. So bildet das Themenfeld ‚Antifaschismus‘ eine inhaltliche Klammer für weite Teile des linksextremistischen (und zugleich auch demokratisch-linken) Spektrums.“⁴

Weiter heißt es dort unter der Überschrift „Versuche der Einflussnahme von Linksextremisten auf die Klimabewegung“:

„Im Jahr 2021 versuchten Linksextremisten bundesweit erneut, ihren Einfluss in Klima-Aktionsbündnissen auszubauen. Dieses gilt ebenso für Bündnisse, die sich gegen Infrastrukturprojekte, wie den (Weiter-)Bau von Autobahnen oder Flughäfen, richten. Derartige Themenfelder haben gerade bei Jugendlichen eine große Anziehungskraft. Im gesamten Bundesgebiet ist eine Tendenz weg von einem festen Aktionsort - insbesondere dem Lauseitzer und dem Rheinischen Braunkohlerevier - hin zu dezentral organisierten, über das Jahr verteilten und teils gleichzeitig stattfindenden Aktionen im gesamten Bundesgebiet zu beobachten. Bei der Organisation und Mobilisierung solcher Aktionen nehmen Postautonome weiterhin eine dominierende Stellung ein.

Im Gegensatz zu Autonomen versuchen Postautonome durch langfristig angestrebte Kampagnen die gesellschaftliche Isolation von Linksextremisten zu durchbrechen und breit angelegte gesellschaftliche Protestbewegungen von innen heraus zu radikalieren. Sie sehen sich als Scharnier zwischen militanten Autonomen und gemäßigten Linken. Daher wird von Postautonomen die Gewaltfrage nach rein strategischen Erwägungen beantwortet. Neben anderen Themenfeldern eignen sich aus ihrer Sicht besonders Umweltkampagnen aufgrund der hohen gesellschaftlichen Bedeutung und Aktualität dazu, die Grenzen zwischen extremistischem und demokratischem Protest zu verwischen und demokratische Aktivisten zu radikalieren.

gerufen am 07.11.2022 u. Stern-Online v. 24.10.2022 zu „Abgeordneter zeigt Klimagruppe ‚Letzte Generation‘ an“, <https://www.stern.de/panorama/-letzte-generation---cdu-abgeordneter-zeigt-klimagruppe-an-32844418.html>, abgerufen am 07.11.2022.

³ Vgl. Bild-Online v. 07.11.2022 zu „‚Letzte Generation‘ – Klima-Chaoten stellen Regierung Ultimatum“, <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/letzte-generation-klima-chaoten-stellen-regierung-ultimatum-81853740.bild.htm>, abgerufen am 07.11.2022.

⁴ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2021, S. 178, https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/VSB_2021.pdf, abgerufen am 07.11.2022.

Einer der linksextremistischen Hauptakteure in der Klimabewegung ist hierbei die ‚Interventionistische Linke‘ (IL). Für sie ist die Kampagne ‚Ende Gelände‘ aufgrund ihres Bekanntheitsgrades und der Verortung im zivilgesellschaftlichen Spektrum von entscheidender Bedeutung. Daher agiert die IL gemeinsam mit Umweltgruppen im Rahmen von ‚Ende Gelände‘. Anhaltspunkte für eine Beeinflussung von Linksextremisten existieren im Bundesgebiet für verschiedene Ortsgruppen von ‚Ende Gelände‘.⁵

Aus diesem Spektrum ist die „Letzte Generation“ hervorgegangen, die sich in die Richtung einer neuen RAF entwickelt, wie die Tochter der RAF-Terroristin Ulrike Meinhof warnend festgestellt hat. Auch die 68er-Bewegung habe mit Pudding-Attacken begonnen, die dann bekanntlich in Gewalt und Terror übergingen.⁶

Auf die Kleine Anfrage Nr. 2023 mit dem Titel „Wirken der mutmaßlich extremistischen Aktionsgruppe ‚Letzte Generation‘ im Land Brandenburg“ (Drucksache 7/5543) hat die Landesregierung nach der Begehung von mehreren Straftaten durch die „Letzte Generation“ in Brandenburg, u. a. nach Anschlägen auf die Ölpipeline zu der Raffinerie Schwedt im Mai 2022, Folgendes festgestellt:

„Nach bisher vorliegenden Erkenntnissen geht das Bündnis ‚Aufstand der letzten Generation‘ auf eine von ‚Extinction Rebellion‘ (XR) organisierte Aktionswoche unter dem Motto ‚AugustRiseUp‘ im August 2021 in Berlin zurück. Eine Gruppe trat nach der offiziellen Beendigung der Aktionswoche in einen Hungerstreik und bezeichnete sich als ‚Letzte Generation‘. Erste Forderungen zielten auf Gespräche mit den damaligen Kanzlerkandidaten, auf ein sogenanntes ‚Essen-Retten-Gesetz‘ und auf eine Agrarwende hin zu nachhaltiger Landwirtschaft ab. Im Dezember 2021 kündigte die Gruppierung Autobahnblockaden für den Januar 2022 an, falls ihre Forderungen bis Ende des Jahres nicht umgesetzt würden. Daraus resultierend kam es seit Ende Januar 2022 hauptsächlich in Berlin regelmäßig zu Autobahn- und Straßenblockaden, bei denen entsprechende Plakate mitgeführt wurden und die Teilnehmenden sich festklebten. In Brandenburg wurden Mitglieder dieser Gruppierung erstmals im September 2021 durch Störung von Wahlkampfveranstaltungen festgestellt.

Im Februar 2022 wurden die Aktivitäten mit Blockade- und Störaktionen, unter anderem im Bereich von Häfen und Flughäfen, auf das Bundesgebiet ausgeweitet. Im Land Brandenburg kam es am 23. Februar 2022 und am 25. Februar 2022 zu einer Blockade des Flughafens BER und zu versuchten Eingriffen in den Luftverkehr durch Mitglieder des Bündnisses. Weitere Blockaden wurden aus Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg und Hessen bekannt. Unter der Überschrift ‚Ankündigung: Pipelines abdrehen - Brief an die Bundesregierung‘ wurde am 19. April 2022 ein Schreiben im Internet veröffentlicht, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, per öffentlicher Ankündigung ‚den fossilen Wahnsinn zu stoppen‘ und zuzusichern, dass sie ‚allen Ausbau und die Finanzierung von zukünftiger fossiler Infrastruktur stoppen‘ wird. Bei Nichterfüllung der Forderung wurde mit dem ‚Abdrehen‘ von Öl- und Gaspipelines gedroht.

⁵ Vgl. Verfassungsschutzbericht des Landes Brandenburg 2021, S. 187 f., S. 178, https://mik.brandenburg.de/sixcms/media.php/9/VS_B_2021.pdf, abgerufen am 07.11.2022.

⁶ Vgl. Junge Freiheit-Online v. 04.11.2022 zu „Letzte Generation: Meinhof-Tochter warnt vor neuer RAF“, <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/letzte-generation-warnung-neue-raf/>, abgerufen am 07.11.2022.

Seit dem 27. April 2022 wurden danach bundesweit und auch im Land Brandenburg wiederholt Angriffe auf Öl- und Gasleitungen durch Mitglieder des Bündnisses registriert.“⁷

Die Mitglieder der Gruppe „Letzte Generation“ begehen bundesweit fortgesetzt Straftaten und bekämpfen die verfassungsmäßige Ordnung. Es ist daher dringend notwendig, dass die Landesregierung sich dafür einsetzt, für in Brandenburg lokal agierende Ortsgruppen der „Letzten Generation“ gemäß Ziff. 2 des Antrages und deutschlandweit flächendeckend gemäß Ziff. 1 ein Vereinsverbot von Gruppierungen unter dem gemeinsamen Namen „Letzte Generation“ zu veranlassen und umzusetzen.

⁷ Vgl. Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage Nr. 2023 zu „Wirken der mutmaßlich extremistischen Aktionsgruppe ‚Letzte Generation‘ im Land Brandenburg“ (Drs. 7/5658), https://www.parlamentsdokumentation.brandenburg.de/parladoku/w7/drs/ab_5600/5658.pdf, abgerufen am 07.11.2022.